

Skript

Von Bretton Woods zum heutigen Euro

Ein Vortrag von Florian Rombach, gehalten am 02. Mai 2014 im
Rahmen der münchener AfD- Gesprächsabende für den AfD
Kreisverband München-Ost

Inhalt:

	Seite:
I. Währungsgeschichte bis zum Euro	
1. Das Bretton Woods- System	1
Exkurs: Keynes	
Exkurs: persönl. Erfahrung als Ref. in San Francisco	2
2. Währungsschlange	
3. EWS	2
4. Die Entwicklung der DM nach der Wiedervereinigung	3
II. Euro- Maastricht	
1. Der Weg zum Euro – Sachzwang- Krönungstheorie	4
2. Maastricht- Vertrag	5
2.1 Konvergenz- Kriterien und AEUV, §§ 127, 125, 123	
2.2 Einhaltung der Konv.- Kriterien	6
2.3 EZB – „One country-One vote“	
2.4 Fiskalpakt und Stab.- und Wachstumspakt	7
3. Argumente für den Euro	
4. Belastungen Deutschlands durch den Euro	8
4.1 Target- Salden	
4.2 Rettungskredite – Mai 2010	9
4.3 Warum Frankreich Griechenland im Euro hält	10
4.4 ESM	
4.5 Bankenunion und Europ. Wirtschaftsregierung	11
Exkurs: déjeuner 1963 in Paris – eine persönl. Erfahrung	13
Exkurs: Franz.- Deutsche Diplomatie	
5. Politische Einheit? – Vereinigte Staaten von Europa?	
5.1 Europäische Identität?	
5.2 Beispiel USA? – US- Dollar	14
6. Euro- Bestandwahrung heute	
6.1 Die interne (reale) Abwertung in den Südländern	
6.2 Transfer- Union	15
6.3 Billiges EZB- Geld und OMT- Programm	
6.4 Kritik an deutscher Wirtschaftskraft	16
III. Die Lagen in Deutschland, Griechenland, Italien und Frankreich	17
1. Griechenland	
2. Italien	18
3. Frankreich	19
Fazit	
4. Deutschland	20
4.1 Export- Industrie	
4.2 Enteignung der Sparer	
4.3 Haftungs- und Transfer- Union	
4.4 Vermögensabgabe in der Zukunft?	21
Persönliches Résumé	

I. Währungsgeschichte Deutschlands bis zum Euro

1. Das Bretton Woods- System

Im Juli 1944 trafen sich die absehbaren Siegermächte des 2. Weltkriegs in Bretton Woods in den USA, um eine internationale Währungszusammenarbeit zu vereinbaren. Heraus kam eine globale Währungsordnung mit einem System fester Wechselkurse. Verhandlungsführer waren die Vertreter Amerikas, Harry Dexter White und Großbritanniens, John Maynard Keynes.

Exkurs – Keynes:

Keynes war damals schon ein ökonomischer Superstar. Bekannt als „Krisen-ökonom“ hatte er in seinem Hauptwerk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung des Zinses und des Geldes“ die Auffassung vertreten: Nicht das Angebot bestimmt die Nachfrage, sondern die Nachfrage das Angebot. Bei zu geringer Nachfrage am Gütermarkt schrumpft die Produktion und es entsteht Arbeitslosigkeit. Von allein kann die Wirtschaft nicht zur Vollbeschäftigung zurückfinden, es bedarf des Staates um die Nachfrangelücke zu schließen. –

Nach der Lehman- Pleite 2008 erinnerten sich die westlichen Regierungen der Lehre Keynes, um eine globale Depression zu verhindern.

Zurück nach Bretton Woods:

Trotz der festen Wechselkurse die das vereinbarte System vorsah, hatten Defizitländer die Möglichkeit abzuwerten. Kern des Abkommens war die Fixierung des Dollars als zentrale Reservewährung mit Golddeckung:

Die amerikanische Notenbank garantierte den Dollar zum Preis von 35 Dollar je Unze Gold einzutauschen.

1948 trat die neue DM dem Währungsverbund mit einem Umtauschverhältnis von DM 4,20 zu einem Dollar bei.

Was passierte in der Folge?

Die Leistungsbilanzen der Mitgliedsländer hatten sich in den Folgejahren nach 1944 auseinanderentwickelt, die Inflationsraten waren zu unterschiedlich. Trotz der Auf- und Abwertungsmöglichkeiten des Systems – die DM hatte 2 mal aufgewertet, der französische FF drei Mal abgewertet –

zog Präsident Nixon 1971 die Notbremse und hob die Umtauschgarantie Dollar- Gold auf. Damit waren die Wechselkurse freigegeben. 1973 brach das Bretton Woods-System zusammen. Der Trend der Abwertungen zur DM verschärfte sich nach dem Zusammenbruch des Bretton Woods- Systems 1973;

Vgl. Geppert in „Ein Europa, das es nicht gibt“, Seite 130.

Exkurs – persönliche Erfahrung:

Als Referendar in einer RA- Kanzlei in San Francisco exportierte ich Autos der Marke Porsche, Typ 356, von Bayern nach Kalifornien – ab 1971, jedes Jahr. In 1974 verkaufte ich den letzten Wagen mit einer Plus- Minus- Null- Bilanz. Die DM hatte so stark zum Dollar aufgewertet, dass das Geschäft keines mehr war.

Ende der 60er Jahre und bis 1980 fiel der US- Dollar von 4 DM auf 1,70 DM. 1995 stand der Dollar, trotz zwischenzeitlicher Aufwertungen, bei 1,40 DM.

2. Nachfolgerin des Bretton Woods Abkommens war die auf Westeuropa beschränkte „Währungsschlange“

Einige EWG Länder – zur Erinnerung: die EWG war 1958 mit den römischen Verträgen gegründet worden – übernahmen das System fester Wechselkurse: Als die Spannungen nach der Aufhebung der Goldbindung des US- Dollars immer größer wurden, vereinbarten im April 1972 die 6 Kernländer der EWG den Europäischen Wechselkursverbund. Die Mitgliedswährungen durften floaten, d. h. um nicht mehr als 2,25 % von den vereinbarten Leitkursen nach oben oder unten abweichen. Das System wurde „Währungsschlange“ genannt. Die Leitkurse wurden mehrfach neu festgesetzt, neue Mitglieder kamen hinzu, oder schieden aus.

3. Die Währungsschlange wurde 1979 abgelöst vom EWS: Dem Europäischen Währungssystem

Gegründet vom Präsidenten Frankreichs Valérie Giscard d'Estaing und dem deutschen Kanzler Helmut Schmidt, sah das EWS ebenfalls feste Paritäten vor, die aber gemeinschaftlich verändert werden konnten. Daneben gab es festgelegte Bandbreiten, innerhalb derer die Währungen floaten konnten.

Das System sah ferner bilaterale Interventionen und Beistandskredite für je drei Monate, mit Prolongationsmöglichkeiten für weitere drei Monate vor. Ein Land unter Abwertungsdruck konnte so nur kurzfristig eine Atempause bekommen und war zur Abwertung gezwungen, wenn ein Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und übermäßige Preissteigerungen vorlagen.

Schon in den frühen 80er Jahren traten Spannungen innerhalb des Währungsverbunds auf, die zur DM als Leitwährung führten und die deutsche Bundesbank in eine Leitfunktion trieben.

Der Grund für die Verwerfungen war der gleiche, wie in der Vergangenheit:

Leistungsfähigkeit, Produktivität, Leistungsbilanzen, Fiskalpolitik, Inflation waren zu unterschiedlich in den Beitrittsländern, das Vertrauen der Anleger führte quasi zwangsläufig zu dominierenden Rollen der starken DM und der Bundesbank, nicht nur in der deutschen Geldpolitik, sondern im gesamten EWS.

Schon damals war den Franzosen und ihrem Präsidenten Mitterand die ständige Abhängigkeit von der Bundesbank ein Dorn im Auge. Ziel der französischen Politik war deshalb schon in den 80er Jahren die Einbindung der DM und der Bundesbank in eine Wirtschafts- und Währungsunion.

Es kam im Juni 1989 zum Beschluss der Staats- und Regierungschefs, eine Wirtschafts- und Währungsunion zu verwirklichen.

Im Herbst 1989 folgte die Öffnung der Mauer und die deutsche Währungsunion.

4. Die Entwicklung der DM nach der Wiedervereinigung:

Die Bundesbank bekämpfte einen inflationären Boom, die Partner- Staaten hingegen eine Rezession. Das führte zum Austritt der Staaten Italien, Spanien, Portugal aus dem EWS und 1992 auch Großbritanniens, unter tätiger Mithilfe des Herrn Soros, der erfolgreich gegen das britische Pfund spekuliert hatte und damit eine Milliarde Dollar verdiente.

1993 wurde die Bandbreite der Schwankungen der Wechselkurse innerhalb des EWS noch auf 15 % ausgeweitet, um Frankreich nicht dauernd zu Abwertungen zu zwingen, dennoch – und das sollte jedem Bundespolitiker zur Erinnerung in sein Stammbuch geschrieben sein, bevor er wieder dem nächsten Rettungspaket seine Zustimmung gibt:

In den letzten 20 Jahren vor Einführung des Euro (zwischen 1975 und 1995) werteten gegenüber der DM ab:

- Der franz. Franc um 48 Prozent (7 Abwertungen)
- Die spanische Pesete um 72,6 Prozent (7 Abwertungen)
- Die italienische Lira um 78 Prozent (5 Abwertungen)
- Die griechische Drachme um 92,5 Prozent

Quellen: Geppert aaO, Seite 181, unter Hinweis auf Rometsch in FAS v. 12.05.2013, H. W. Sinn in die Target- Falle, Seite 36.

In den Kursentwicklungen drückten sich die unterschiedlichen Entwicklungen der internationalen Konkurrenzfähigkeit aus – vgl. Starbatty in Tatort Euro, Seite 89.

Bevor ich zum zweiten Teil meines Vortrags komme, dem Euro, frage ich Sie:

Muss man Volkswirtschaft studiert haben, um Zweifel zu bekommen, ob ein Euro – ohne Auf- und Abwertungsmöglichkeiten –, mit den konkreten Mitgliedsländern funktionieren kann? Ich gehe bei meiner Überlegung davon aus, dass der Freihandel in einem gemeinsamen Binnenmarkt Europa als bisheriger Grundlage unseres EG- Europa, aufrecht erhalten wird und komme zu dem Schluss: Das kann auf Dauer nicht funktionieren.

II. Euro- Maastricht

1. Der Weg zum Euro

Von Richard von Weizsäcker stammt der Ausspruch:
„Der Euro ist der Preis der Wiedervereinigung“.

Diese Meinung vertrat wohl auch das damalige politische Establishment. Gegründet hat diese Meinung auf dem Umstand, dass Mitterand einer Wiedervereinigung in den Zwei plus Vier- Verhandlungen Deutschlands mit den Siegermächten nicht zugestimmt hätte, wäre die DM nicht im Euro aufgegangen und die Dominanz der Bundesbank nicht durch das System der EZB, der neu gegründeten europäischen Zentralbank, gebrochen worden.

Otto Schlecht, damals Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, der den Maastricht- Vertrag mitverhandelt hatte, übrigens neben dem späteren Bundespräsidenten Köhler, äußerte dazu:

„Die deutsche Einheit wäre wahrscheinlich auch so gekommen, dann aber möglicherweise gegen den erklärten Willen Frankreichs“.

Dieser Meinung schließe ich mich an. Den Weg zur deutschen Einheit ebneten entscheidend Gorbatschow und Bush sen., die als Vertreter der Siegermächte Russland und USA gegen die Wiedervereinigung keine Einwände hatten, ja, sie sogar begrüßten.

Helmut Kohl wollte gegen den Willen Mitterands keine Wiedervereinigung anstreben. Er war bestimmt von einer Dankesschuld für eine Wiedervereinigung, die ihm – so meine Meinung – den klaren Blick auf zumindest eine realistische Gewichtung der wesentlichen Details der anstehenden Entscheidungen zu Maastricht und der EZB verschleierte.

Geppert, aaO, führt aus, Kohl wolle von Europa nicht ausgegrenzt sein und Deutschland müsse „Freunde“ haben; Seite 132. Daneben ist ein Gespräch von Kohl im Spätjahr 1989 mit dem damaligen US- Außenminister Baker protokolliert, in dem festgehalten ist, dass Kohl sehr wohl wusste, mit der anstehenden Währungsentscheidung gegen die Interessen Deutschlands zu verstoßen, er aber das Freundschafts- Argument höher gewichtete als gesehene Nachteile und Risiken aus dem Euro. Immerhin äußerte er am 06.11.1991 im deutschen Bundestag die erstaunliche Einsicht:

„Die politische Union ist das unerlässliche Gegenstück zur Wirtschafts- und Währungsunion. Eine Wirtschafts- und Währungsunion kann auf Dauer ohne politische Union nicht erhalten werden“.

Als Vertreter dieser Meinung war er, vor der Existenz einer politischen europäischen Union, also offensichtlich Anhänger der sog. „Sachzwangtheorie“.

Die besagt, dass die Währungsunion auf die Regierungen der Beitrittsländer einen solchen sachlichen Zwang ausüben würde, dass die politische Union die zwangsläufige Folge der Währungsunion sein würde.

In den 90er Jahren kam es jedenfalls in Europa und zwar vor allem aufgrund des Widerstands Frankreichs, zu keiner politischen Union.

In der Geschichte von Währungsunionen gibt es bislang auch kein Beispiel dafür, dass die Sachzwangstheorie zum angestrebten Ziel geführt hätte.

Im Gegensatz dazu können die Anhänger der sog. „Krönungstheorie“ durchaus auf erfolgreiche Beispiele verweisen. Die Krönungstheorie geht davon aus, dass die Währungsunion das letzte – krönende – Glied einer politischen Union ist. Die Mark ist ein Produkt dieser Theorie: Sie kam erst 1873, nach der Ausrufung des Kaiserreichs in Versailles 1871.

Nach der extremen Inflation Anfang der 20er Jahre des letzten Jahrhunderts wurde die Mark von der Rentenmark und diese 1924 von der Reichsmark abgelöst; Quelle: Der Große Brockhaus; Geppert, aaO, Seite 83, sieht die einheitliche Währung „Reichsmark“ bereits in 1909 begründet.

2. Nachdem die Währungsunion nach dem Willen Kohls und Mitterands auf den Weg gebracht war, wurde in 1991 und bis Juli 1992 der sog.

Maastricht- Vertrag

beraten und geschlossen.

Er sah die Einführung des Euro zum 01.01.1999 nach der Erfüllung von Konvergenzkriterien durch die Beitrittsländer vor, ferner die Gründung der EZB, der europäischen Zentralbank.

2.1 Wichtigste Konvergenz- Kriterien waren:

- Ein öffentliches Defizit von nicht mehr als 3 % des Bruttoinlandsprodukt (BIP),
- Eine 60 %- Grenze für die Schuldenquote, ebenfalls des BIP.

Damit sollte dem vorrangigen Ziel des europäischen Systems der Zentralbanken, nämlich die Preisstabilität zu gewährleisten, was ein besonderes Anliegen der deutschen Seite war, genügt werden. In Art. 127 Abs. 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der europäischen Union, AEUV, ist dies ausdrücklich festgehalten.

Weitere entscheidende Klauseln des Vertrags waren:

Art. 125 AEUV: Haftungsausschluss der Gemeinschaft oder der Mitgliedsstaaten für die Kredite anderer öffentlicher Hände – bekannt als No- Bail- Out- Klausel – und

Art. 123 AEUV: Verbot der Kreditaufnahme für alle öffentlichen Haushalte in der EU bei den nationalen Notenbanken und der EZB – bekannt als Verbot der Staatsfinanzierung durch die EZB –. Diese Klausel umfasste auch das Verbot des „unmittelbaren“ Erwerbs von Schuldtiteln durch die EZB oder die nationalen Zentralbanken.

2.2 Es kam zum Euro auch ohne Einhaltung der Konvergenz- Kriterien.

Im Prüfungsjahr 1997 lagen nur Finnland, Frankreich, Großbritannien unter 60 %, Deutschland lag bei 61,3 %. Griechenland kam noch dazu – wie allgemein bekannt – durch gefälschte Zahlen, beraten durch Goldman Sachs.

2.3 EZB:

Für Frankreich sehr wesentlich war die Gründung der EZB, um die von Frankreich als Diktat empfundene Währungs- Führerschaft der deutschen Bundesbank als Verwalterin der Leit- und Ankerwährung DM zu beenden. – Für diesen Sieg französischer Diplomatie gestand man den Deutschen Frankfurt, als Sitz der EZB, zu. Aber was machte den Diplomatischen Sieg Frankreichs und der Mittelmeerländer aus?

Das waren die für Deutschland katastrophal vereinbarten Stimmrechte in der EZB:

Nach dem Prinzip „One Country – One Vote“ hatte die deutsche Bundesbank mit einem Kapitalanteil von knapp 28 % an der EZB das gleiche Stimmrecht wie z. B. Malta mit einem Kapitalanteil von 0,09 %. – Oder anders ausgedrückt: Die deutsche Bundesbank hatte ein 6 %- Stimmrecht erhalten und trägt in Zukunft zwischen 27 und 28 % der Verluste.

Die Folge: In der Geldpolitik – aber auch in den Entscheidungen der Staatsanleihen-Käufe – wird Deutschland von den Südländern, die ca. 70 % der Stimmrechte – ohne die Direktoriumsmitglieder, die auch ein Stimmrecht haben – im EZB- Rat innehaben – unter Führung von Frankreich – dauernd überstimmt. Das hatte wiederum zur Folge, dass unsere Vertreter, Weber, Stark, sämtlich aus der Bundesbank bzw. EZB-Verantwortung ausschieden und Axel Weber auch nicht dazu zu bewegen war, das Präsidentenamt in der EZB anzutreten. – Das bekam stattdessen Mario Draghi, der als eine der ersten Amtshandlungen dem italienischen Staat für 100 Milliarden Staatsanleihen abkaufte – unter Verstoß gegen Artikel 123 AEUV –. Ein Schelm der Böses dabei denkt...

Der Figaro in Frankreich hat unter dem Slogan „L'Allemagne Paiera“ nach der Maastricht- Vereinbarung geschrieben:

„Maastricht ist der Versailler Vertrag ohne Krieg“. – Das bedarf keines weiteren Kommentars.

Warum haben die deutschen Vertreter die Gefahr der, nach den Kapitalanteilen, unausgewogenen Stimmrechtsgewichtung bei der Vereinbarung nicht erkannt? Die einzige plausible Erklärung ist, dass die deutschen Vertreter an die Einhaltung des Maastricht- Vertrags durch die Beitrittsländer und die EZB glaubten und an die Beschränkung des Mandats der EZB auf die Beachtung der Geldwertstabilität,

vorgegeben durch Art. 127 und 125 AEUV, die Stimmrechte im EZB- Rat also nicht bedeutungsvoll sein würden. Welch ein Irrtum...

2.4 Fiskalpakt und Stabilitäts- und Wachstumspakt

Als Merkel erkannt hatte, dass Rettungsschirme und Transfers nicht allein ausreichen werden, um die südlichen Schuldenländer zu einer verantwortlichen Haushaltspolitik zu veranlassen, drängte Sie auf den Fiskalpakt. Der sieht eine Verankerung von Schuldenbremsen in den nationalen Verfassungen vor.

Starbatty nennt ihn einen „aufgehübschten“ Stabilitäts- und Wachstumspakt, außerhalb des Europäischen Vertragswerks („Tatort Euro“, Seite 112).

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt war schon von Waigel im Vorfeld der Euro- Einführung ausgehandelt worden. Er sah verbindliche Defizit- Grenzen vor.

Frankreich hatte dem Fiskalpakt nie Verfassungsrang gegeben. H. W. Sinn hatte in seinem Buch „Die Target- Falle“ treffend bemerkt:

„Beim Fiskalpakt wird in der Zukunft nicht mehr herauskommen als in der Vergangenheit beim Stabilitäts- und Wachstumspakt, der 83- Mal verletzt wurde, ohne dass auch nur einmal eine Strafe verhängt wurde“.

Sinn bezeichnete deshalb diesen Pakt als eine „Placebo“ zur Beruhigung der Deutschen, H. O. Henkel bezeichnete ihn in seinem Buch die „Euro- Lügner“, Seite 205, als „nicht das Papier wert auf dem er geschrieben ist“.

3. Argumente für den Euro

- Euro Gewinner Deutschland?

H.W. Sinn hat hierfür wieder eine treffende Bemerkung parat:

„Wenn die Wahrheit durch die Häufigkeit einer öffentlichen Behauptung definiert wird, dann hat Deutschland tatsächlich stärker als andere Länder vom Euro profitiert“, in die Target- Falle.

Die Fakten sehen jedoch anders aus:

Deutschland hat seit 1995 das zweitniedrigste Wachstum aller Euro- Länder. Nicht- Euro- Länder wie Schweden und Schweiz haben wesentliche höhere Wachstumsraten.

- „Der Euro eine Frage von Krieg oder Frieden?“ (H. Kohl).

Demokratien bringen in Europa Frieden (so Henkel in seinem Vorträgen in München in 2013), nicht der Euro. Dieser brachte Massendemonstrationen und Radikalisierungen in Griechenland und Portugal,

wo Deutschland als der Hegemon dieser Länder verstanden wird – und Nazi-Binden Plakate mit Merkel „zieren“.

Der europäische Binnenmarkt, seit 1992, ist das entscheidende Bindeglied der Demokratien in Europa. Er garantiert die Ein- und Ausfuhr von Gütern ohne Zollerhebung, Mehrwertsteuerausgleich, also den freien Warenaustausch von einem EU- Land in ein anderes.

Die Demokratie und der Binnenmarkt sind die Garanten des Friedens in Europa – der Euro gehört nicht dazu, was ich im folgenden darlegen will:

4. Belastungen Deutschlands durch den Euro.

4.1. Target- Salden

Nach Sinn aaO, S. 166 ff, – „Der große Konstruktionsfehler der Währungsunion“.

Zunächst die Definition:

„Target ist der Name des Zahlungs- Systems, über das die internationalen Zahlungen zwischen Banken im Euroraum abgewickelt werden“.

Das Target- System transferiert und misst die Geldüberweisungen zwischen den nationalen Notenbanken der Euro- Länder aufgrund von internationalen Überweisungsaufträgen, die private Haushalte, Unternehmen und öffentliche Finanzinstitute ihren jeweiligen Geschäftsbanken geben. Ein Target- Defizit einer nationalen Notenbank ist ein Nettoabfluss an Eurogeld in ein anderes Land oder das, was Ökonomen ein Leistungsbilanzdefizit nennen. Entsprechend ist ein Target- Überschuss ein Leistungsbilanzüberschuss.

Im Target- System wird nur der elektronische Geldverkehr, also die internationalen Geldüberweisungen, erfasst.

Die Auswirkungen will ich – in Anlehnung an Sinn aaO – an einem praktischen Beispiel vereinfacht darstellen:

Ein Grieche kauft in Athen einen Mercedes. Er geht zu seiner Hausbank, die ihrerseits zur griechischen Zentralbank geht, die ihrerseits die deutsche Bundesbank beauftragt, eine entsprechende Überweisung an die inländische Geschäftsbank von Daimler- Benz durchzuführen. Die deutsche Bundesbank erhält im Gegenzug eine Forderung an die griechische Notenbank, die so, als Forderung, auch verbucht wird.

Das ist, so Sinn aaO, als wenn ich einem Freund, der sein Portemonnaie vergessen hat, eine Rechnung bezahle. – Mit einem gravierenden Unterschied: Von dem Freund bekomme ich mein Geld zurück – hingegen bleibt die Target- Forderung unbegrenzt und ohne die Möglichkeit, sie fällig zu stellen, stehen. Anders ausgedrückt:

Griechenland bezieht Waren aus Deutschland (das können auch Immobilien- Käufe z. B. in Berlin sein) und lässt anschreiben!

Jetzt haben Sie eine Erklärung, weshalb Griechenland aus dem Euro- Verbund nicht austreten will. An Anschreiben- lassen kann man sich gewöhnen... Einen weiteren Grund nenne ich noch.

Die Target- Salden bewegen sich jüngst zwischen 600 – 700 Milliarden Euro zu Lasten der deutschen Bundesbank. Sie werden jeweils nur in dem Maße reduziert, in dem anderweitig gewährte ESM- oder unmittelbare nationale Kredite sie ersetzen.

Damit haben Sie auch eine Erklärung weshalb die deutsche Regierung ebenfalls aus dem Euro nicht austreten will:

Während ein ordentlicher Kaufmann eine vergleichbare Forderung, aufgrund des Bilanzierungsrechts, längst als uneinbringlich hätte abschreiben müssen, verkünden Politiker, Target- Salden seien keine Verluste und die würden sich in Zukunft wieder ausgleichen. Erst wenn Deutschland aus dem Euro- Verbund austreten würde, würden negative Target- Salden den Haushalt belasten.

Was bei dieser Politik- Betrachtung übersehen wird, ist der Umstand, dass eine reale Sicht der Fakten zwingend aufzeigt:

Die Target- Forderungen werden im wesentlichen – falls neue Kredite sie nicht zurückführen – verloren sein. „Sunk costs“ nennt sie Starbatty – übrigens auch die Rettungskredite, dazu komme ich noch –, also versunkene Kosten, die aufgebracht wurden, um die Euro- Zone nicht auseinanderbrechen zu lassen; Starbatty aaO, S. 215, 208.

4.2 Rettungskredite – Mai 2010

EFSF (European Financial Stability Facility) und ESM (Europ. Stabilitätsmechanismus):

Der EFSF war zunächst mit 60 Milliarden ausgelegt und schnell verbraucht.

Auf Drängen der EZB wurde ein erstes Hilfspaket zum Schutz der griechischen Gläubiger in Höhe von 110 Milliarden geschnürt.

Am 08. und 09. Mai 2010 setzten „4 Franzosen“, (H. O. Henkel): Sarkozy, Lagarde, Strauß-Kahn und Junckers den ESM- Fonds mit einer Haftung von zunächst 700 Milliarden gegenüber Merkel durch. Nur 12 Tage später wurde er im Bundestag ratifiziert. Der deutschen Öffentlichkeit und den Bundestagsabgeordneten wurde das vorgegebene Ergebnis der Abstimmung als „alternativlos“ verkauft. Die Abgeordneten trauten sich in der Mehrzahl nicht, gegen die jeweilige Fraktions- Vorgabe aufzubegehen.

Damit war das Beistandsverbot, Art. 125 AEUV, eklatant gebrochen. Henkel sprach in seinen Vorträgen in München und beschreibt in seinem Buch, diesen Bruch mit Niederreißen der „Brandmauer“. Horst Köhler als einer der Architekten des Maasricht- Vertrags, hatte als Bundespräsident widerwillig das Gesetz unterzeichnet und ist dann von seinem Amt zurückgetreten.

Erwin Teufel, ehemaliger Ministerpräsident von Baden-Württemberg, beklagte:

Wie soll ein Staat Rechtstreue von seinen Bürgern einfordern, wenn dieser Staat selbst Recht bricht?

Die französische Finanzministerin Lagarde und heutige Direktorin des IWF meinte:

Man sei sich darüber klar gewesen, dass man das Recht breche. Das sei aber nötig gewesen, um den Euro zu retten.

Damit hat Lagarde zumindest klargestellt, dass die Politik Vorrang vor dem Recht beansprucht; vgl. Geppert aaO, S. 92, 95; Sinn aaO, S. 270. Die politische Euro-Rettungs-Parole ist seitdem: Der Zweck heiligt die Mittel.

Paul Kirchhoff beklagte: Das Recht sei die Getriebene der Finanzmärkte und „Ohne Recht gäbe es keinen Frieden“. „Wir würden (so Kirchhoff) zum Faustrecht, zum Kampf aller gegen alle zurückkehren“. – Damit ist Kirchhoff beim Staatsphilosophen Thomas Hobbes, der in seinem Leviathan den „natürlichen Zustand im menschlichen Zusammenleben“ mit „bellum omnium contra omnes“ und „homo homini lupus“ beschrieb (16. Jahrhundert).

4.3 Warum wollten die „Franzosen“ Griechenland unbedingt im Euro halten?

Prof. Vaubel am 22.04.2014 in München:

Die Franzosen wollten keinen Präzedenzfall mit einem Austritt schaffen und: Die französischen Banken waren vollgepumpt mit griechischen Staatsleihen. Letzteres ist nach meiner Auffassung der Hauptgrund für die massive Intervention Frankreichs: Die französischen Banken hätten eine Abschreibung ihrer Bestände an griechischen Staatsanleihen, die bei einem Austritt Griechenlands unumgänglich gewesen wäre, möglicherweise nicht „überlebt“.

4.4 ESM

Nachdem der EFSF, für 3 Jahre konzipiert, mit seiner Ausstattung von 60 Milliarden rasch zur Neige ging, war der Nachfolger- Fond, ESM, als permanenter Rettungsfond ebenfalls begrenzt aber mit der im Vertrag angelegten Möglichkeit, jederzeit zu erhöhen. Ausgelegt war er zunächst mit 700 Milliarden. Dazu Krämer u. Sinn in FAZ v. 10.07.2012:

„Die vorläufige Begrenzung des ESM- Volumens ist kein Schutz gegenüber zusätzlichen Lasten, denn der Mechanismus zur Ausweitung der Haftungssummen ist im ESM- Vertrag bereits eingebaut. Die strukturelle Mehrheit der Schuldenländer in den Eurogremien wird sich sämtlicher Töpfe des ESM bedienen, die aufgestellt werden, und bei einer drohenden Leerung so lange drängeln, bis sie wieder aufgefüllt werden. Da nützen die schönsten Regeln nichts.

Die Geschichte des Euro ist eine Geschichte fortwährender Verletzungen von Verträgen und selbstgesetzten Regeln, vom Bruch der No-bail-out-Klausel bis hin zum Verzicht auf die Konditionalität bei den Hilfskrediten des ESM. Der Ablauf ist immer der gleiche:

Erst werden wir mit dem Placebo der politischen Schranken und Verhaltensmaßregeln bewogen, das Portemonnaie zu zücken, und wenn das Portemonnaie erst einmal auf dem Tisch liegt, werden wir bedrängt, auf die politischen Schranken zu verzichten.

Das Spiel hat sich mittlerweile so häufig wiederholt, dass wir nicht verstehen, woher die deutsche Regierung und einige unserer Kollegen die Hoffnung nehmen, dieses Mal könnte alles anders sein“.

Ende 2012 lag die deutsche Haftungssumme nach Sinn aaO zwischen 537 und 578 Milliarden, S. 276 ff, je nachdem ob die GJJPSZ-Länder pleite gehen und den Euro-Verbund verlassen oder alle Mittel ausschöpfen und dann pleite gehen. Ein Zusammenbruch des Euro veranschlagt Sinn mit 918 Milliarden Euro Haftung für Deutschland. Die gesamten Sonderkredite die die Krisenländer bis August 2012 erhielten, belaufen sich auf 1000 Milliarden Euro – aus der Drucker Presse.

4.5 Bankenunion und Europäische Wirtschaftsregierung

Beide geplante Institutionen haben nach dem Willen der Südländer der Euro-Gruppe, einschließlich Frankreichs, das Ziel einer Gemeinschaftshaftung unter Einschluss Deutschlands.

Die deutsche Banken- Einlagensicherung soll vergemeinschaftet werden, Bank-Schulden ebenfalls – das läuft auf eine Sozialisierung der Schulden hinaus.

Gegen die 1. Säule der Bankenunion, eine zentrale Bankenaufsicht ist nicht viel einzuwenden. Allenfalls gibt es Bedenken, die EZB damit zu betrauen, nachdem sie ihr Mandat in der Geldpolitik durch Verstoß gegen Art. 123 AEUV andauernd überschreitet.

Gegen die 2. Säule, eine Abwicklung erfolgloser Banken, ist ebenfalls nichts einzuwenden, aber:

Wie das geschehen soll, nämlich durch einen zentralen „Bankenabwicklungsfond“ – gespeist durch den ESM –, da steckt Dynamit für den europäischen Steuerzahler darin.

Zwar beschwichtigt die Politik in Berlin aufs Neue, in erster Linie würden die Eigentümer und Investoren solcher Banken herangezogen werden, realistisch ist aber die Abladung von Banken- Risiken und Altlasten auf den Steuerzahler, indirekt über die EZB und an der ist Deutschland bekanntlich zu knapp 28 % beteiligt. Nun muss man nur noch wissen, dass die Schulden der Euro-Banken 9 Billionen Euro, - Quelle: Steltzner in FAZ vom 22.06.2013 – also ein Vielfaches der Staatsschulden der Euro-

Länder, betragen, um sich ausmalen zu können, was da auf uns zukommt. Prof. Vaubel sagte uns letzte Woche in München, dass sich schon 2016 marode spanischen Banken über diesen Fond bedienen können.

Ottmar Issing, ehemaliger Chefvolkswirt der EZB meinte zum Thema:

„Forderungen nach Eurobonds, Fiskalunion und Bankenunion haben eines gemeinsam: Die Übernahme der Haftung für Schulden bzw. fehlerhafte politische Entscheidungen durch diejenigen Staaten, die einigermaßen solide gewirtschaftet haben“. – Quelle: Ottmar Issing in FAZ vom 12.06.2012

Europäische Wirtschaftsregierung

Frankreich verfolgt diese Idee seit den späten 80er Jahren. Man könnte meinen, dass damit Frankreich die europäische politische Einheit anstreben wolle. Wer das annimmt, liegt weit entfernt von der Realität. Ein Garant dafür, dass eine europäische politische Einheit in absehbarer Zeit nicht kommen wird, ist Frankreich (neben England) – da gehe ich wohl mit H.-O. Henkel einig.

Lassen Sie mich in einem kleinen Exkurs ein persönliches Erlebnis erzählen:

Im Frühsommer 1963 war ich wiederholt zum déjeuner in Paris in der rue de Rivoli, im Casino der französischen Gendarmerie, von Fernand Rombach, der damals Bürgermeister des 16. arrondissements und Colonel der Gendarmerie war, eingeladen.

Themen der Unterhaltungen, im Kreise von Fernand's Offizierskollegen, waren der bevorstehende Austritt Frankreichs aus der Nato und die Aussöhnung Frankreichs mit Deutschland durch die damaligen Protagonisten de Gaulle und Adenauer –. Als der Nato- Austritt (aus dem militärischen Bündnis) dann in 1966 erfolgte, war die deutsche Politik angeblich völlig überrascht, nicht wissend, was die Spatzen von den Dächern in Paris bereits in 1963 pfißen. – Die Grundlage der Aussöhnung Frankreichs mit Deutschland – und dies stieß auf große Sympathie in den genannten Kreisen, deren Gast ich war –, war ein von de Gaulle propagiertes „Europa der Vaterländer“.

Frankreich und die Franzosen haben sich seitdem nicht geändert. Sie wollen keinen zentralen europäischen Einheitsstaat und niemals würde Frankreich bedeutende Kompetenzen und Souveränitätsrechte an Brüssel abgeben. Glaubt im Ernst jemand, dass Frankreich z. B. seine Verfügungsmacht über die „Force de Frappe“ an Brüssel abtreten würde? Wer sich das vorstellt, hat meines Erachtens von Frankreich und den Franzosen keine realistische Vorstellung. Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden in 2005 über eine europäische Verfassung und vor der eigentlichen Eurokrise, haben diese Sicht der Dinge bestätigt. Eine europäische Verfassung war damals abgelehnt worden.

Warum dann der französische Wunsch nach einer europäischen Wirtschaftsregierung?

Nach meiner Auffassung steckt dahinter nichts anderes als das Einfangen, die Beherrschung, der als bedrohlich angesehenen deutschen Wirtschafts- und Finanzkraft durch Frankreich und dessen Wunsch, davon zumindest – und sei es durch eine Gemeinschaftshaftung – zu profitieren. Also die gleiche Motivation, die zur Ablösung der DM durch den Euro führte. – Übrigens ist diese „Angst“ der Franzosen vor einem zu starken, hegemonialen Deutschland nicht neu in den Beziehungen der beiden Länder.

Bei der Überlegenheit der französischen Diplomatie über die deutsche darf befürchtet werden, dass der französische Plan, ebenso wie die Währungsunion, gelingen wird. Aber warum gibt es diese Überlegenheit der französischen Diplomatie?

Exkurs:

Alle wichtigen Protagonisten der französischen Politik der letzten Jahre, Mitterrand, Chirac, Sarkozy, Hollande waren Absolventen der ENA – Ecole Nationale d'Administration, einer Eliteschule der Diplomatie und Verwaltung in Frankreich. Etwas vergleichbares gibt es in Deutschland nicht. Und betrachtet man die Qualifikationen unserer wichtigsten politischen Protagonisten in Berlin in den letzten Jahren (z. B. Wirtschaftsministerium: derzeit gelernter Volksschullehrer, Vorgänger Augenarzt) so wird ersichtlich, weshalb die französische Diplomatie der deutschen überlegen ist. Die Zeit als noch Fachleute wie Ludwig Erhard oder Karl Schiller das Wirtschaftsministerium führten sind vorläufig im Bundestag vorbei. Partei- Karrieren dominieren Kompetenz.

5. Politische Einheit? – Vereinigte Staaten von Europa?

5.1 Europäische Identität?

Frankreich ist nach meiner Auffassung nicht der einzige Grund, weshalb eine politische Einheit in absehbarer Zeit – ich gehe mindestens von den nächsten zwei Generationen aus – keine realistische Perspektive hat. Auch England will Vereinigte Staaten von Europa nicht. Die Engländer werden in der bereits angesetzten Volksabstimmung 2017 über einen Austritt aus der EG entscheiden. Und nach meiner Auffassung werden sie umso eher sich für einen Austritt entscheiden, als Brüssel sie versucht in Europa einzubinden und Fakten zu schaffen, die als Weg zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ gedeutet werden können.

Ein weiterer entscheidender Grund weshalb eine politische Einheit im Sinne eines Bundestaates Europa ein Wunschbild unserer Politiker bleibt ist der Umstand, dass es keine europäische Identität gibt: Der Spanier ist Spanier, der Grieche ist Grieche und der Franzose ist erst recht Franzose.

In 28 EU- Ländern und in 51 Ländern in Europa haben wir unterschiedliche Sprachen, Kulturen, Geschichten und eben auch Lebensweisen und Mentalitäten – und dazu gehört auch das Wirtschaften und Haushalten; vgl. Geppert aaO, S. 67/68.

Wer meint, wie GroKo- Politiker und Ihre Vorgänger, man könne diesen Ländern und seien es auch nur die 18 Euro- Länder, dauerhaft eine gleichmachende Zwangsjacke wie den Euro überstülpen, geht von einem politischen Wunsch- Bild aus, das sich als Fata Morgana erweisen wird. – Der Franzose Francois Heisbourg, bekannter Politik Wissenschaftler, Präsident des International Institute of Strategic Studies in London, wirbt in seinem Buch „La fin du rêve européen“ für die Auflösung des Euro, um Europa zu retten. Eine politische Union würde von den Völkern nicht gewollt und deshalb könne ein Euro nicht funktionieren.

5.2 Die USA und der US- Dollar

Hin und wieder höre ich: Aber die Amerikaner konnten das doch auch, die Vereinigten Staaten und die gemeinsame Währung Dollar.

Wo liegt der Unterschied zu uns? – vgl. Sinn aaO, S. 385 ff.

Das Motto der USA lautet: „De pluribus unum“ – „Aus vielen das Eine“.

Wenn ein Einwanderer Amerikaner werden will, gibt er seine nationale Identität mit der Einwanderung in die USA auf und wird eben Amerikaner. Eine europäische Identität gibt es hingegen nicht und wird ein Grieche oder Spanier oder Franzose oder Engländer durch politischen Akt eben nicht zum „Europäer“.

Das Motto Europas müsste deshalb lauten: „In varietate concordia“ – „In Vielfalt geeint“.

Und das entspräche genau dem, was sich Adenauer und de Gaulle in 1963 als das zukünftige, geeinte Europa vorgestellt hatten: Das Europa der Vaterländer.

Der amerikanische Dollar

Alexander Hamilton hatte die Schulden der Bundestaaten, die durch den Unabhängigkeitskrieg gegen England 1775 bis 1783 entstanden sind, 1790 föderalisiert. – Quelle: Geppert, aaO S. 83 ff, Sinn aaO S. 352. Zahlreiche Bundesstaaten nahmen daraufhin hohe Kredite auf, was ab 1841 zu Konkursen der meisten Staaten führte. Die Fiskalunion erwies sich für die Union eher als Dynamit denn als Zement; Historiker Harold James Princeton. Und zwar bis hin zum Bürgerkrieg von 1861 – 65, der auch ein Krieg der Verteilung finanzieller Lasten war.

Das amerikanische Distrikt- Notenbankensystem sieht auch grenzüberschreitende Kredite an andere Bundesstaaten vor, die entfernt mit den Target- Salden verglichen werden können. Mit einem großen Unterschied: Solche Salden müssen in den USA jährlich ausgeglichen werden, bei uns bleiben sie stehen.

6. Euro- Bestandswahrung heute

4 Tatbestände unterschiedlich hoher Bedeutung aber in ihrer Anwendungskombination dafür verantwortlich, dass der Euro bis heute zwar nicht funktioniert aber seinen Bestand bewahrt hat, gibt es:

6.1 Die interne (reale) Abwertung in den Südländern.

Renten, Pensionen, Gehälter werden gekürzt – was zu Radikalisierungen in Griechenland und Portugal und zu einer anti- deutschen Stimmung (s. jüngste Äußerungen der Berlusconi- Partei in Italien) in allen Südländern geführt hat.

Dort wird für diese Entwicklung Deutschland mit seinem angeblichen Diktat des Sparens und Reformierens verantwortlich gemacht. Es wird nicht eingesehen, dass die jeweiligen nationalen Regierungen, nach Einführung des Euro, eine „Verschwendungsparty“ – Quelle: Sarrazin, in „Europa braucht den Euro nicht“, S. 180, zur griechischen Entwicklung nach Einführung des Euro – abhielten, die sie nun, infolge der Auflagen des IWF und der EZB, allmählich zurückdrehen müssen. Mit welchem Erfolg bleibt abzuwarten. In allen Südländern gibt es Anzeichen, dass Reformen blockiert, sabotiert oder einfach zurückgenommen werden. Weitere Verschuldung, befeuert durch die expansive Billig- Geld- Politik der EZB, unter weitgehender Aufhebung der Beschränkung zur Qualität der Sicherheiten, ist allemal bequemer als den Lebensstandard zurückzudrehen und, seitens einer Regierung, dem Volk Spar- Einschränkungen zu verabreichen.

Dennoch: Das Elend der Bevölkerung, aufgenommene individuelle Schulden bei geminderten Löhnen, Gehältern und Pensionen nicht zurückzahlen und durch verminderte Renten und Gehälter ihren Lebensstandard nicht aufrecht erhalten zu können, wird von den betroffenen Regierungen in Griechenland und Portugal als Nachteil geringer angesehen, als der Vorteil der Möglichkeit weiterer Verschuldung – für die man nicht selbst, sondern die Euro- Gemeinschaft haftet. Dies ist ein weiterer und der Hauptgrund, weshalb die Südländer am Euro festhalten.

6.2 Transfer- Union

Damit ist der Bedien- Mechanismus der Südländer im Rahmen der Target- Kredite, wie ausgeführt, gemeint, sowie die Rettungskredite seit 2010. Im weiteren Sinne zähle ich hierzu auch die jüngste Kapital- Anleihe Griechenlands, die von der hiesigen Politik als „großer Erfolg“ der Euro- Rettungspolitik gefeiert wurde aber nichts anderes ist, als eine weitere Verschuldung Griechenlands, für die die Euro- Länder über ESM und EZB, also letztlich die Steuerzahler Deutschlands mit ca. 28 % haften. – Das ist auch der Grund, weshalb die Anleihe überzeichnet war: 4,75 % Zins bei 0- Risiko und eigenen Kapitalkosten von 0,5 – 1,5 % sind ein gutes Geschäft, bekannt als „Rundumsorglos- Paket“ der EZB für Banken. Bekanntlich hat die EZB eine Garantie für Euro- Staatsanleihen ausgegeben, sodass Investoren auch für griechische und portugiesische Anleihen kein Risiko zu befürchten haben.

Besonders drastisch wird diese Fehlentwicklung dadurch, dass Banken des Euro- Raums kein Eigenkapital für Käufe von Staatsanleihen der Euro- Staaten vorhalten müssen, sich also ohne Risiko und Eigenkapital verschulden können, indem sie die gekauften Anleihen als „Sicherheiten“ bei der EZB hinterlegen und sich so weiteres Kapital beschaffen können. H. W. Sinn hat das den „Missbrauch der Rettungsarchitektur“ genannt.

6.3 Billiges Geld durch die EZB- und OMT- Programm

Das „Rundum Sorglos- Paket“ der EZB sieht in einer äußerst expansiven Geldpolitik Liquidität für die Euro- Banken in jeder gewünschten Höhe zu Zinsen von 0,5 % vor. Dieser Umstand übertüncht die Insolvenzlage der Südländer. Steltzner schreibt in der FAZ v. 21.09.2013:

„Wer versucht durch das Anwerfen der Notenpresse dem Zwang solider Haushaltsführung zu entfliehen, sät Inflation und erntet Misstrauen in den Euro“.

Prof. Vaubel, Uni Mannheim, hat in seinem Vortrag letzte Woche in München diese Inflation für das Ende dieses Jahrzehnts vorausgesagt. – Der Grund, weshalb die Hyper- Inflation (vorhandene Kriterien der Inflation sind bereits Blasenbildungen auf den Immobilienmärkten in einigen Städten und die Hausse an den Aktienmärkten) bislang noch nicht ausbrach, ist darin zu sehen, dass nationale Notenbanken der nördlichen EU- Staaten, so die Bundesbank, ihre Kreditgeldschöpfung zurückführen, um einen Ausgleich zu der überbordenden Geldschöpfung durch die Druckerpressen der Südländer zu schaffen. Das ist auch der Grund, weshalb im Euro noch kein Abwertungsdruck entstand und die Zinsen niedrig bleiben. Hätte sich z. B. Griechenland nicht in Euro, sondern in Drachmen in den letzten Jahren verschuldet, die Drachme wäre um ca. 50 % abgewertet worden. – Hier haben Sie einen weiteren Grund, weshalb die Südländer aus dem Euro nicht ausscheiden wollen. Eine Verschuldung in Euro, für die die Euro- Staaten- Gemeinschaft haftet, ist allemal bequemer, als eine Verschuldung, die man in einer nationalen Währung allein stemmen muss.

Bis zum Ende des Jahres dürfte auch den meisten Politikern klar geworden sein, dass die aufgelaufenen Schulden, vor allem der Südländer, einzig und am elegantesten durch Verdampfen in einer Inflation „rückgeführt“ werden können.

Das OMT- Programm, (Outright Monetary Transactions)

Beschluss des EZB- Rats mit dem Inhalt der Bereitschaft, ohne Beschränkung Anleihen maroder Staaten aufzukaufen. Der Beschluss demaskiert die EZB endgültig und ohne dass ihr das etwas ausmachen würde, als Rechtsbrecher des Art. 123 AEUV, dem Verbot der Staatsfinanzierung durch die EZB. Das Bundesverfassungsgericht sieht das auch so und leitete zunächst das entsprechende Verfahren an den Europäischen Gerichtshof weiter,

hat sich aber ausdrücklich eine sog. „Ultra- Vires- Kontrolle“ der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes vorbehalten.

6.4 Kritik an deutscher Wirtschaftskraft

EU- Kommission, Frankreich und IWF rügen Deutschland für seine Export- Erfolge und Wirtschaftskraft.

Deutschland müsse von seinem hohen Leistungsniveau herunterkommen und sich so vor allem Frankreich anpassen.

Vor dieser Gefahr des Abrutschens in die Mittelmäßigkeit hatte H. O. Henkel in seinen Vorträgen in München im letzten Jahr schon gewarnt. Falls dies ein Trend werden sollte, wer ist dann die Lokomotive in Europa, die Transfers und Rettungspakete stemmt? Wer soll dann noch für einen Aufschwung gut sein?

Die Politik der GroKo ist genau auf diesen Pfad der Reduzierung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands eingeschwenkt:

- Mindestlohn,
- Rente mit 63,
- Frauenquote,

sämtlich SPD- Themen, die in der GroKO durchgesetzt werden und sämtlich geeignet, Deutschland in seiner Wettbewerbsfähigkeit zu schaden (- und unsere nächste Generation auch).

III. Die Lagen in Deutschland, Griechenland, Italien und Frankreich

1. Griechenland

Hier kann ich mich kurzfassen, die AfD´ler sind ohnehin durch die Partei-Rundbriefe bestens informiert.

Im März 2012 sind Griechenland in einem Schuldenschnitt 107 Mrd. Euro Staatsschulden erlassen worden. Davor und danach sind an Griechenland über EFSF und ESM rund 220 Mrd. Euro ausgezahlt worden. Trotz dieser Zahlungen lagen in 2011 die griechischen Schulden bei 355 Mrd. und liegen sie heute bei ca. 325 Mrd. Euro. – Die Schuldenquote stieg permanent auf mittlerweile 176 % des BIP.

Wer glaubt, dass Griechenland mit einer Bevölkerung von 11 Mill. und 1,4 Mill. Arbeitslosen jemals 325 Mrd. Schulden, Tendenz weiterhin steigend, zurückzahlen kann?! Ein Christian Lindner von der FDP behauptete das im letzten Jahr in einer „Hart aber Fair-“ Fernsehsendung. Ansonsten dürften nur noch politische Träumer seinen Glauben haben.

Mit dem Export von Feta- Käse und Oliven und dem Sommer- Tourismus von Gästen, die wohl nicht erkannt haben, dass sie einen vergleichbaren Urlaub nebenan in der Türkei viel billiger haben können, gelingt das jedenfalls nicht. Eine nennenswerte Wertschöpfung ist in Griechenland nicht auszumachen! Das bis Ende 2012 wertvollste nationale Unternehmen Griechenlands, an der Börse Athen gelistet, war die Coca Cola- Abfüll- Anlage. Diese ist mit ihrem Unternehmenssitz im Dezember 2012 nach Zürich abgewandert...

Um das Elend zu kaschieren hat sich die Politik ein 3. Rettungspaket für Griechenland ausgedacht. Von einem 3. Rettungspaket, das schon ausgezahlt worden wäre, haben sie noch nichts gehört?

„Rettungspaket“ ist mittlerweile in der Politik ein unschönes Wort, „Schuldenschnitt“ ebenfalls. Das 3. Rettungspaket ging geräuschlos, elegant über die Bühne:

- Stundung der Tilgung der EZB- Kredite für 30 Jahre.
- Stundung der Zinszahlungen von 1,5 % auf die Kredite für 10 Jahre.

Beide Bedingungen werden derzeit neu verhandelt, nachdem Griechenland meint, es sei durch diese Bedingungen übermäßig belastet. Die Kredite sollen auf 50 Jahre ohne Tilgung gestreckt werden (- damit sie auch wirklich inflationär verdampfen können -), die Zinsen sollen auf 0,5 % gesenkt und um weitere 20 Jahre gestundet werden.

Damit nun Rettungsschirmraten, ohne deren Auszahlung Griechenland sofort pleite wäre, ausgezahlt werden können, die letzte Rate vom April aber nur – entsprechend den Auflagen der Troika – ausgezahlt werden durfte, wenn Griechenland einen sog. positiven Primär- Haushaltssaldo in 2013 erzielt haben würde, war guter Rat für die Retter teuer, denn es war absehbar, trotz aller griechischen Propaganda, dass die Bedingung eines positiven Primär- Haushaltssaldos nicht eintreten würde, jedenfalls nicht, wenn man den volkswirtschaftlichen Begriff des positiven Primär- Haushalts als Einnahmenüberschuss über die Ausgaben, ohne Einbeziehung von Schuldendienst (Zins), lehrbuchmäßig anwenden würde.

Man dachte sich also für Griechenland eine neue Definition aus:

Nun werden beim Primär- Haushalt á la Griechenland auch Kosten des Staates zur Rekapitalisierung der inländischen Banken und unbezahlte Lieferantenrechnungen nicht einbezogen und somit, bei einem Staatsdefizit von 12,7 % des BIP, ein positiver Primär- Saldo errechnet. Es kann weiter gerettet werden...

Quelle: Eurostat in FAZ v. 24.04.2014: Griechenland hat ein Primär- Defizit von 8,7 % in 2013.

2. Italien

Der Länderbericht Italien in der FAZ v. 17.02.2014 war überschrieben mit: „Nur noch Hoffnungslosigkeit“.

Die letzten Ministerpräsidenten Monti und Letta und neuerdings Renzi streuten zwar Kräftige Programm- Sprüche wie „Rettung für Italien“ und „Einsatz für Italien“ unters Volk, der Erfolg blieb jedoch aus.

Im Dezember 2013 betrug die Zahl der Arbeitslosen 3,2 Mill., die Arbeitslosenquote lag bei 12 %. In den letzten 6 Jahren hat Italien 1,1 Mill. Arbeitsplätze verloren. Die Arbeitslosenquote bei Jugendlichen im Alter von 15 – 24 Jahren hat sich von Ende 2007 bis 2013 von 21,6 auf 41,6 % fast verdoppelt.

Allgemeine Programme für Sozialhilfe oder Wohngeld gibt es nicht. – 3,5 Mill. Italiener bis 35 Jahren leben deshalb noch bei den Eltern.

Anzeichen für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit oder von Unternehmensgründungen gibt es nicht, dafür aber 140 000 Auswanderer in 2013.

Überbordende Bürokratie und „Ausführungsbestimmungen“ für Reformen blockieren das Land und schaffen eine zunehmende De- Industrialisierung.

Die Staatsverschuldung liegt bei 134 % des BIP, wirkliche Strukturreformen sind nicht sichtbar, die von Monti eingeführte Grundsteuer wurde rückgängig gemacht.

Laut ruft die Politik nach einer Aufgabe der Spar- Politik. Das ist nicht anders zu deuten, als Reform- Unwille, auch als Reform- Unfähigkeit, die in Italien offen zutage tritt.

3. Frankreich

In Frankreich sieht die Lage vergleichbar aus:

Hohe Arbeitslosigkeit, mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, eine desaströs hohe Steuerbelastung, Arbeitslosenquote bei 12 %.

Mehr als 2 Mill. der unter 25- jährigen ohne Job, Berufsausbildung oder Schulabschluss.

Die industrielle Produktion schrumpfte seit 2008 um 16 %. – Daneben hat Frankreich aber die 35 Stunden- Woche, wurde das Pensionsalter auf 60 herabgesetzt und beträgt die Staatsquote mittlerweile 60 %. –

Die Schuldenquote, also das Verhältnis der gesamten Schulden am BIP, steigt stetig.

Von Charles de Gaulle kommt die Erkenntnis:

„Frankreich ist ein Land, bei dem Reformen nur durch Revolutionen durchzusetzen sind“.

Auch hier der immer lauter werdende Ruf der Politik mit dem Spar- Programm des Stabilitätspakts gänzlich aufzuhören, bzw. seine Regeln neu zu „interpretieren“, sprich, den Stab.- pakt sein zu lassen was er ist: Ein Blatt Papier, s. oben, Ziff. 2.4, und mit neuen Schulden „die Wirtschaft zu fördern“. – Ein beliebtes „Fördermittel“ von Sozialisten, das leider noch nie langfristig zum gewünschten Erfolg führte, dafür aber zu Inflation und zu ungerechter Belastung der nächsten Generationen. Krämer und Sinn hatten das „Spiel“ in 2012 richtig vorhergesehen; s. oben, Ziff. 4.4, ESM.

FAZIT:

Alle 3 Länder und Portugal und Spanien sind weitgehend vergleichbar, - Spanien hat mit Griechenland eine Jugendarbeitslosigkeit zwischen 50 – 60 % - leiden an einer drastischen Wettbewerbsunfähigkeit, die sich auch durch noch so große EZB- Geldschwemme und Transferleistungen nicht beheben lassen.

Ein für diese Länder zu starker Euro stranguliert diese Länder. Die EZB verschafft durch ihre Geldpolitik einen Aufschub, heilen kann sie die Struktur- Defizite nicht. Die Schienen der wirtschaftlichen Entwicklungen in diesen Ländern – im Vergleich zu Deutschland – spreizen sich, trotz aller Rettungsschirme, weiter!

4. Die Lage in Deutschland

4.1 Export Industrie: Sie profitiert von einem für Deutschland zu schwachen Euro und zieht Fachkräfte aus anderen EU- Ländern an, die dort dringend zum Aufbau des eigenen Landes gebraucht würden. Beispiele sind Spanien, Italien, Griechenland oder auch Bulgarien und Rumänien. – Solidarisch ist das gegenüber diesen Ländern nicht. – Quelle: Gammel in SZ v. 01.04.2014: Durchschnittlich 100 ausgebildete Griechen, 200 – 300 Portugiesen, verlassen ihre Länder täglich.

4.2 Das billige Geld auf der einen Seite verursacht eine kalte Enteignung der Sparer durch negative Zinsen, die auch noch besteuert werden, auf der anderen Seite.

Die Folge sind Kürzungen von Ablaufleistungen von Lebensversicherungen, Pensionen und in der Folge eine fortschreitende Altersarmut.

Van Suntum führte in seinem bemerkenswerten Artikel in der FAZ v. 03.01.2014 aus:

„Die Sparer allein in Deutschland erleiden, wegen der nicht einmal die Inflationsrate deckenden Niedrigzinsen, reale Vermögensverluste von 14 Milliarden Euro im Jahr“.

- 4.3** Target- Salden, Rettungspakete, Rettungsschirme und wohl bald auch Banken- Union haben eine Haftungs- und Transferunion begründet, die sich verstärkt etabliert und die auf Europa- Ebene vergleichbar ist mit dem dagegen allerdings als minimal zu bezeichnenden „Länderfinanzausgleich“ in Deutschland. – Gegen den das CSU- geführte Bayern in Karlsruhe klagt, auf Euro- Europaebene aber jedem Rettungspaket in Berlin seine Zustimmung gab.

Die Frage, wie künftig Deutschland, das seit der Wiedervereinigung Transferzahlungen seit 1990 von jährlich ca. 100 Milliarden Euro in die neuen Ost-Länder pumpt, auch noch 72 Millionen Menschen in den Staaten Griechenland, Spanien, Portugal und Irland und möglicherweise noch 60 Millionen in Italien, durch „Rettungs- Kredite“ finanzieren soll, kann wohl kein noch so begeisterter Euro- Politiker beantworten; vgl. Geppert aaO, S. 40, 41.

Belastet durch die Rettungs- Politik ist mit 27 – 28 % Kapitalanteil an der EZB vor allem Deutschland, von dem alle anderen Euro- Partner meinen, dass es immer wieder zahlt! Unsere Jugend wird diese Rechnung zu begleichen haben... Eine weitere Belastung Deutschlands droht im Falle eines Austritts Englands aus der EU. England ist, nach Deutschland, der zweitgrößten Netto-Zahler in der EU. Man kann sich vorstellen, wer in eine Finanz- Lücke, nach einem Austritt Englands, einzuspringen hat...

- 4.4** Ein letzter Aspekt sei noch erwähnt:

Der IWF denkt bereits über eine Vermögensabgabe in Form einer Sondersteuer von z. B. 10 % für Wohlhabende nach oder eine Sonderabgabe auf Spareinlagen, um Staatschulden zu reduzieren. – Quelle: FAZ „Wirtschaft“ v. 05.11.2013.

Meine Meinung, die ich u. a. mit van Suntum teile, ist, dass der Euro mehr und mehr zum politischen Sprengsatz wird, anstatt, wie erhofft, Europas Länder zu integrieren.

Meine Hoffnung: Die Wähler werden das bald merken – und Abhilfe schaffen, die von der pfadabhängigen, derzeitigen Politik der Bundestagsparteien nicht zu erwarten ist, es sei denn, der Sprengsatz zündet...

Florian Rombach

Anlagen

- Zur Bankenunion (Sinn) und
- EZB auf dem Weg zur Bad Bank (Stark)